Mehr Engagement in den Vereinten Nationen!

Tom Koenigs

Tom Koenigs, MdB, geb. 1944, ist Sprecher für Menschenrechtspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zuvor war er in verschiedenen Posten für die Vereinten Nationen tätig, zuletzt als Leiter der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA).

Die Bundesrepublik ist einer der größten Beitragszahler, aber weder politisch noch personell in den Vereinten Nationen besonders aktiv. Das muss sich ändern, wenn wir das Potenzial der Weltgemeinschaft nutzen wollen. Die UN sind das einzige wirklich globale Forum, das wir haben. Keine Institution genießt weltweit mehr Legitimität. Die Akzeptanz rührt von der internationalen Gültigkeit ihrer Prinzipien her. Gerade in krisenhaften Zeiten sollten wir uns daran erinnern. Für eine deutsche Politik, die sich über die nationalen Grenzen hinweg konsequent an den Menschenrechten ausrichtet, sind die Vereinten Nationen unverzichtbar.

Der Bedarf zu Reform und Weiterentwicklung der Vereinten Nationen ist 70 Jahre nach ihrer Gründung unbestritten. Statt die UN über die G7, G8 oder G20 weiträumig zu umgehen, sollten sich Deutschland und die EU mit aller Kraft für notwendige Verbesserungen einsetzen. Globale Ungerechtigkeiten, widerstreitende Interessen und politische Spannungen machen sich auch und gerade innerhalb der UN-Strukturen bemerkbar. Nicht nur der Mangel an politischem Willen auf Seiten der Mitglieder, sondern auch die prekäre Finanzausstattung und die Schwerfälligkeit bürokratischer Strukturen beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der UN. Es liegt an den Mitgliedstaaten, dies zu ändern.

Die Schwellenländer sind zu schwach repräsentiert, vor allem im Sicherheitsrat. Es fehlen Brasilien, Indien, Japan und zwei afrikanische Staaten als ständige Mitglieder. Europa dagegen ist präsent. Ziel der Bundesregierung muss es sein, dass die EU unter Einbeziehung Frankreichs, Großbritanniens und der europäischen nichtständigen Mitglieder so einheitlich auftritt, dass alle 28 Staaten vertreten sind. In einem erweiterten Sicherheitsrat müssen neben der Einstimmigkeit weitere Verfahren zur Einigung geschaffen werden. Frankreich hat einen Vetoverzicht bei Völkermord und Massenverbrechen vorgeschlagen. Das könnte helfen, der Schutzverantwortung besser nachzukommen.

Neben dem Schutz der Menschenrechte zählt das Verhindern von Kriegen zu den wichtigsten Aufgaben von Sicherheitsrat und UN. Häufig sind die Vereinten Nationen der einzige Akteur, der gewaltsame Konflikte beenden kann. Friedensmissionen brauchen dafür ein klares und umsetzbares Mandat. Der deutsche Beitrag dafür ist vor allem personell beschämend gering. Bei der Entsendung von Polizisten und Soldaten liegen wir im internationalen Vergleich auf Rang 57. Gerade in den Bereichen Logistik, Aufklärung und medizinische Versorgung sind unsere Kompetenzen gefragt. Aber nicht nur quantitativ sollten wir aufstocken. Initiativen zur Verbesserung der Qualität helfen, Missionen der Vereinten Nationen effektiver zu machen, vor allem im zivilen Bereich.

Darüber hinaus geht es dieses Jahr besonders um Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung. Die Umsetzung der Post-2015-Agenda wird eine noch engere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Arbeitsgebieten, Ländern und Regionen erfordern. Die verzweigten Strukturen der UN sind darauf kaum vorbereitet. Wir müssen uns intensiver mit der Reform des Entwicklungssystems befassen, um aktuelle Anforderungen bei Armutsreduzierung, humanitärer Hilfe und Menschenrechtsschutz angehen zu können. Eine bessere Finanzierung der Fachorganisationen mit nicht zweckgebundenen Mitteln ist dafür unerlässlich.

Gute UN-Politik wird nicht nur innerhalb der Vereinten Nationen gemacht. Mit inkohärentem Handeln widerspricht die Bundesregierung oft an einer Stelle den Zielen, die sie an anderer Stelle unterschrieben hat. Der Export von subventionierten Agrarprodukten aus der EU passt nicht zu dem Ziel, die Ernährungssicherheit in den Empfängerländern zu erhöhen. Die deutsche Rolle auf dem internationalen Markt für Rüstungsgüter erschwert die Vermeidung bewaffneter Konflikte. Durch eine Politik, die sich an den Menschenrechten ausrichtet und deren Instrumente stimmig ineinander greifen, werden solche Widersprüche aufgelöst.

Kohärenz ist das Stichwort. Die Aktivitäten der unterschiedlichen Ministerien müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Das wäre Arbeit genug für einen eigenen Staatsminister UN im Auswärtigen Amt. Kohärenz bedeutet auch, UN-Konventionen sorgfältig umzusetzen und Empfehlungen aus den internationalen Staatenüberprüfungsverfahren ernst zu nehmen. Wenn Gremien der UN an der Umsetzung von Menschenrechtsstandards in Deutschland Kritik üben – etwa im Fall des ›racial profiling‹ oder der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen – sollten wir diese offen aufnehmen und politisch diskutieren.

Den 70. Geburtstag sollte Deutschland zum Anlass nehmen, das Engagement in den UN zu erhöhen. Die Vereinten Nationen sind die Organisation des Wunsches der Weltgemeinschaft auf Frieden und Gerechtigkeit. Eine andere haben wir nicht. Sie zu stärken, ist unsere Aufgabe. Mit mehr deutschem Engagement sollte auch eine politische Aufwertung der UN einhergehen. Bundeskanzlerin Merkel blieb in diesem Jahr wieder nicht bis zur Generaldebatte der Generalversammlung. Eine jährliche Regierungserklärung zur deutschen UN-Politik und eine Debatte im Bundestag fehlen ebenfalls. Diese Realität spiegelt nicht die Bedeutung wider, die die UN für die deutsche Politik haben.